

Zusammenfassung / Notizen Internationale Organisationen

(Vorlesung WIO WS 2006/2007 bei Hans Vogel)

Inhaltsübersicht

1	Einleitung.....	1
2	Ziele Internationaler Organisationen	3
3	Entstehung Internationaler Organisationen	4
4	Grundlagen.....	6
5	Problematische Handlungsinterdependenz (S. 182).....	11
6	Entscheidungsprozesse (S. 89 – 180).....	12
7	Fragestellungen Buch.....	13

Literatur:

RITTBERGER / ZANGL, Internationale Organisationen, Wiesbaden 2005

1 Einleitung

3 Kriterien für den Bestand einer Internationalen Organisation: universell, Politikbereiche, Durchsetzungskraft.

In der heutigen Zeit sind ungefähr 90 % der Länder Mitgliedstaaten der UNO. Attraktivität zum UNO-Beitritt ist Sicherheit und Kooperation.

Gründe für die Mitgliedschaft ist die Sicherheit, denn viele Länder können ihre Konflikte teilweise nicht mehr alleine lösen. Beispiele von Internationalen Organisationen: Sicherheit (friedenserhaltende Massnahmen), UNICEF (Kinderhilfswerk), Weltbank, IWF, WTO, Umweltschutz.

Heute bestehen ungefähr 300 Internationale Organisationen, Tendenz steigend. Warum gab es früher weniger Internationale Organisationen? Gründe könnten sein, dass die Technologie Kooperationen vereinfacht. Die Motivation ist vorhanden, da Internationale Organisationen heute eher gesucht sind, weil es zu viele Probleme gibt, die ein Land alleine einfach nicht mehr lösen kann. Daher ist die Internationale Organisation eine zwingende und logische Entwicklung.

In der Schweiz gibt es weiterhin eine grosse Skepsis gegen Internationale Organisationen. Sie hat auch lange gebraucht bis sie Mitglied bei der UNO (Im Jahr 2002) wurde und ist bis heute nicht Mitglied der EU. Die Skepsis kam vor allem nach dem 2 Weltkrieg und der Schaffung des Völkerbundes, bei der sie auch Mitglied war.

Die Kooperation der Mitgliedstaaten in Internationalen Organisationen ist immer auf Kosten der eigenen Autonomie und kein Land nimmt dies gern in Kauf. Die Mitgliedstaaten müssen sich dann an internationale Vorgaben halten. Die Mitgliedstaaten müssen einen Vorteil sehen für die Mitgliedschaft, dies in der Lösung des Problems, das man alleine nicht lösen kann.

Beispiele von Internationalen Organisationen:**- UNO**

Die UNO deckt alle Politikbereiche ab, in welchem die Mitgliedstaaten auf Hilfe angewiesen sind. Die UNO hat nur eine beschränkte Durchsetzungskraft, weil die Durchsetzung vielfach durch das Veto-Recht verhindert wird. Bsp.: Kyoto-Protokoll: viele haben unterschrieben, aber nur ca. 1/3 hält sich daran. Durch diese Faktoren wird die Bedeutung der UNO gemindert.

- Europäische Union (EU)

Die Mitgliedstaaten in der Europäischen Union sind häufig bereit ihre eigene Autonomie zurückzusetzen und sich den Entscheidungen anzuschließen. In der EU besteht eher Konsens, da die Mitgliedstaaten kulturell ähnlicher sind, sie haben ähnliche Werte wie die Demokratie, Menschenwürde usw... Europa wurde vor allem geprägt durch die Aufklärung und den Christentum, daher gleiche Werte und Vorstellungen. Durchsetzungskraft vor allem stark im wirtschaftlichen Bereich und verfügt auch über eine höhere Durchsetzungskraft, weil die Staaten eher bereit sind ihre Souveränität aufzugeben.

Globalisierung

Die Globalisierung geschieht nicht nur im ökonomischen Bereich sondern auch im ökologischen (Klimawandel), auch Krieg und Frieden haben sich globalisiert. Krieg z.B. in Afrika auch Auswirkungen auf Europa; Gesundheit (Pandemie, Vogelgrippe) Verlauf analysieren und eindämmen. Mit der Globalisierung werden auch immer mehr internationale Kooperationen stattfinden. Welt wird internationaler. Die Globalisierung ist ein wichtiges Bedürfnis.

→ *Fazit: Die Internationalen Organisationen werden immer mehr an Bedeutung gewinnen auch global (universell, mehr Politikbereiche umfassen, Durchsetzungskraft).*

2 Ziele Internationaler Organisationen

Die Internationalen Organisationen entwickelten sich nach der Kolonialisierung als noch keine Regulierung bestand. Damals galt das Prinzip der Anarchie, jedoch das funktionierte so nicht, weil es zu liberal war.

Regulierung?

Unternehmen haben entdeckt, dass gewisse Dinge reguliert werden müssen und fragten die Staaten zur Regulierung an, damit es einheitlich geschah. Es wurden Produktstandards eingeführt, vor allem im Pharmaunternehmen; Regulierung der Zulassung an einem Ort auch in anderen Ländern.

Bsp.: Regulierungsprinzip EU Cassis-de-Dijon-Prinzip. In einem Mitgliedstaat eingeführt, auch in anderen Mitgliedstaaten der EU gültig.

Die Pharmabranche wurde global reguliert und es entstand weltweit die erste Zulassungsstelle für Pharmaunternehmen ~ Weltregierung.

Es gibt eine Vielfalt von Kooperationsformen. Mit der EU Verfassung nähert sich die EU immer mehr einem Bundesstaat an. Jedoch Kooperationshindernis ist hier das Prinzip der Einstimmigkeit, das heisst alle Mitgliedstaaten müssen einstimmig zustimmen. Die Niederlande und Frankreich haben gegen die Verfassung gestimmt.

In der Schweiz wurde 1848 die Bundesverfassung durch Volksabstimmung angenommen und zwar war dies nach einem Krieg zwischen den liberalen und konservativen Kantonen.

3 Entstehung Internationaler Organisationen

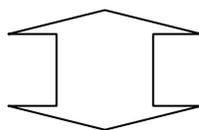
Warum entstehen Internationale Organisationen?

Internationale Organisationen entstehen, weil Vernetzung durch Globalisierung. Organisationen verlangen vom Staat gewisse Dinge; Regierungen nehmen Aufgaben wahr weil Organisation gewisse Macht haben. Die Staaten können nicht alleine Aufgaben erfüllen, Hilfe durch internationale Kooperationen. Souveränitätsverlust der Staaten und dafür Kooperation zu stärken.

Bsp.: Niederlande motiviert international zu kooperieren, haben Erfahrungen gemacht in Sicherheit (kleine Streitmacht) darum kooperieren sie mehr im Sicherheits- und Verteidigungsbereich z.B. NATO/UNO beschliesst und Niederlande muss sich mehr oder weniger freiwillig unterwerfen.

Das Hemmnis der eigenen Souveränität der EU ist ständig präsent: intensive Kooperationen da alleine nicht lösbar, jedoch wollen sie eigene Souveränität nicht aufgeben → Blockiert internationale Kooperationen.

Globalisierte Werte mit Problemen, die man alleine nicht lösen kann → internationale Organisationen



Souveränität, die man behalten will

Entwicklung internationaler Organisationen?

Die organ. Entwicklung der CH ähnelt sehr stark der Entwicklung einer internat. Organisation:

- es braucht immer zuerst ein Problem
- und erst dann schliesst man sich zusammen, um das Problem gemeinsam zu lösen.

Entwicklung von Staaten zu IGO (International Governmental Organisation)
→ gemeinsam entschliessen sie über Krieg und Frieden

Entwicklung von NGO (sog. Nicht Regierungsorganisationen, welche nur national agieren) zu INGO (International Non Governmental Organisation). Bsp. Al Quaida (Ausnahme), Streitigkeiten die von INGO's her kommen. Heute führen „private Clubs“ gegen Staaten Krieg.

Wenn NGO ein Problem hat, dass sie selbst nicht bewältigen kann, gründet sie einen Dachverband in Form einer INGO.

Entwicklungsstadien von internationalen Kooperationen (Internationale Organisationen)?

1. Konferenz (Conference): Art tiefe Stufe der Kooperation
2. Regime oder mulilaterale Governance: Wenn sich Kooperationen wiederholen. Jedoch sind die Regeln nicht bindend und die Kontrolle und Sanktionen sind sehr schwierig. Greenpeace und WWF (advocacy organisations) sind daher sehr erfolgreich, weil sie Länder an den Pranger stellen und auch Daten liefern können. INGOs sind sehr erfolgreich, weil sie Kontrolle (Daten) ausüben können. Zusammenarbeit UNO-AI-IKRK. INGOs leben von Propaganda und haben daher keine eigenliche

Macht.

Beispiel Internationale Wahlfangkommission brauchen Einstimmigkeit, und haben nicht bindende Regeln/Normen

3. Intergouvernementale Organisationen (OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) braucht Einstimmigkeit (Veto-Recht als Hinderung) jedoch haben sie bindende Regeln. Sind Konferenzen, die jährlich stattfinden.
4. Supranationale Organisationen (EU): Mehrheitsentscheide, bindende Regeln. Gibt auch eine Exekutive in der Form der Kommission
5. Föderation (USA, Schweiz): Verfassung. Die Schweiz und die USA sind IO auf einem hohen Entwicklungsstand. Verfassung ist ein äusseres Zeichen für eine Föderation. Jedoch wenn man Schweiz und EU vergleicht fehlt auch die Identifikation im Ausland. Ein Franzose bezeichnet sich nicht als Europäer (EU) sondern als Franzose. Schweizer bezeichnet sich als Schweizer und nicht als z.B. Zürcher. Einem freisinnigen Zürcher ist es egal ob ein Zürcher im Bundesrat sitzt, wichtig ist, dass ein freisinniger im Bundesrat sitzt.

Was braucht es für Voraussetzungen zur Entstehung von Kooperationen?

1. eine kooperationsfreundliche Struktur: Kooperationen beginnen immer in der Wirtschaft.
2. Anreize zur Kooperation: Benefits, Package Deals...
3. Hindernisse zur Kooperation aus dem Weg schaffen: Prisoners Dilemma Misstrauen und Kontrollmangel, keine Sanktionsmöglichkeiten.
4. Entwicklung der Kooperation: Ähnlichkeit und gegenseitige Abhängigkeit nimmt immer mehr zu. Ist aber ein gutes Zeichen. Konferenzen → Regimes → intergouvernementale Organisationen → Supranationale Organisationen → Föderation

Interessengruppen?

Es gibt sog. Interessengruppen: die verfolgen ihre eigenen Interessen. Daneben gibt es aber auch sog. „Advocacies“, wie z.B. Amnesty International, die die Interessen anderer verfolgen.

4 Grundlagen

Definitionen:

- *Res Publica*: Als gemeinsam definierte Werte und Güter einer Gesellschaft
- *Der Staat*: Steuerungssystem einer Gemeinschaft mit dem Zweck der Wahrung gemeinsamer Güter und Werte („Res Publica“)
- *Die Politik*: Staatliches und auf den Staat bezogenes Handeln

Einzelne Staaten sind Akteure im globalen System, sie sind daher nicht mehr die einzigen auch gouvernementale und nicht-gouvernementale Organisationen mischen mit.

- 1) Staaten entscheiden über Krieg und Frieden
- 2) IGO: UNO, EU
- 3) NGO/INGO: IKRK, WWF, AI (setzen sich für politische Gefangene ein, vertreten Interessen von Anderen und nicht die eigenen), Greenpeace, Medecins sans frontières, IOC, FIFA. Auch AI Quadia sie führen Krieg als INGO, wenn dies nüchtern betrachtet wird. Auch Schweizer Bauernverband: Zusammenschluss, da einzelne Probleme nicht allen gelöst werden können. Einsetzen für Zölle für Landwirtschaftseinfuhren; Lobbyismus; Einfluss auch international zB auch in Brüssel nicht mehr nur in Bern.

4.1 Staatliche Akteure

Warum gibt es Staaten? Staat gibt Schutz innen und Aussen. Sinnvoll für Bürger zu kooperieren. Mensch ist ein Herdentier, menschliche Herde ist die Gesellschaft. Kooperation, wenn Probleme nicht alleine gelöst werden können. Gemeinsame Werte und Güter dann entsteht eine Res Publica.

Bsp.: Schweiz Leute um Gotthard; Bedrohungen von Lawinen → Bannwälder pflanzen. Erstes Ziel war es den gemeinsamen Schutz gegen Lawinen. Dann sind Gesetze entstanden.

Gemeinsame Güter und Werte entstehen aus dem Bedürfnis der Gesellschaft.

Politik: Reduziert auf Gesellschaft, eng umschrieben. An Urne abstimmen oder nicht, Demonstration gegen Staat → Adressat Staat → Politik

Das Wort Politik kommt aus dem Griechischen word Polis, was Stadt bedeutet. Wie wurde dies daraus abgeleitet? Es ging darum Stadt zu organisieren, Politik war ein städtisches Phänomen, früher eher Dörfer, eigene Höfe, in Stadt waren die Häuser aneinander gereiht und nicht allein lösbar. Politik entsteht aus einem Bedürfnis zur Zusammenarbeit, Gründung gemeinsamer Staat zur Einhaltung gemeinsamer Werte.

4.2 Formen von Gemeinschaften und Kriterien der Zugehörigkeit

Das Prinzip der Zugehörigkeit zu einer „Gesellschaft“ zu einer „Res Publica“ und damit zu einem Staat haben sich im Laufe der Geschichte der Menschheit verändert. Ihr Wandel ist stets von inneren und äusseren Konflikten begleitet (Transition), Zugehörigkeit hat sich verändert, Wandel hat sich vollzogen:

1. *Das feudale Zugehörigkeitsprinzip von Stämmen, Sippen und Aristokraten ist seit der Aufklärung (18. Jahrhundert) in der Weltgesellschaft weitgehend im Verschwinden*

begriffen (Reste im afrikanischen „Tribalismus“, bei konspirativen Organisationen (al-Qaida, Mafia usw..).

Archaische Gesellschaft gehorchte Feudalen/Aristokratischen Systemen: Sicherheit/Versorgung spielte grosse Rolle, individuelle Freiheit war weniger wichtig; Versorgung für Untertanen. System radikaler Subordination: Deal Staat Gesellschaft Versorgung gegen Unterwerfung und Abgabe materieller Güter; Lebenswesen Bestimmung durch Gebote Gottes und nicht Bedürfnisse der Menschen. System bietet gewisse Geborgenheit jedoch kein Mitspracherecht.

2. *Das ethnisch-religiöse Zugehörigkeitsprinzip des Nationalstaates ist erst in fortgeschrittenen Gesellschaften (20./21. Jahrhundert) in Ablösung begriffen.*

Anzweiflung von Bild des unmündigen Menschen während der Aufklärungsphase. Ablösung durch ethnisch-religiöses System. Seltsame Vorstellung des mündigen Menschen, ungebildete Menschen, die weder lesen noch schreiben konnten. Zwischenlösung, Einzelner ist nicht fähig, aber Volk ist fähig. Homogene Wertvorstellungen des Volkes müssen durch Regierung umgesetzt werden.

Nationalstaat entstand. Humanistische Tradition, Volk soll mitbestimmen können.

Volonté générale wurde sehr radikal und missbräuchlich umgesetzt durch „Herrscher“.

Bsp.: Königshaus Piemont wollte alle italienisch-sprechenden unter einen Staat bringen.

Bsp.: Preussischer König wollten alle deutsch-sprachigen unter einen Staat zusammenfassen.

Erstaunlicherweise bestand nie das Interesse der Deutschen an der Deutschschweiz. Der Nationalismus ist eher ein neues Phänomen. Irrtum über Volkssouveränität.

Vielvölkerstaat (Österreich/Ungarn) brach auseinander, alle wollten einen eigenen Staat gründen.

Feudales Prinzip praktisch verschwunden, al-Qaida Annäherung an dieses System, Mitglieder sehr treu an Führer, eigenständiges Denken nicht gefragt, Wort Allah steht über allem. Mafia Organisationsstruktur, Begriffe aus Familie Padrone (Vater), Lehenseid gilt lebenslanglich.

3. *Der moderne post-nationale Staat, der sich in der entwickelten Welt durchzusetzen beginnt, ist durch das Zugehörigkeitsprinzip des „staatsbürgerlichen“ Commitments („Citizenship“) geprägt, das mehr und mehr in eine blosse territoriale Zugehörigkeit mündet (z.B. politische Rechte für Ausländer). Diese Gesellschaften zeichnen sich durch liberal-demokratisch geprägte politische und expansiv-kapitalistisch geprägte („bürgerliche“) wirtschaftliche Wertvorstellungen aus.*

Demokratie und Marktwirtschaft Umsetzung Selbstbestimmung in heutiger Form.

Schweiz und USA bereits im 18. Jahrhundert Demokratie vorhanden.

Braucht minimaler Bildungsstandart für funktionierende Demokratie.

Wie funktioniert Zugehörigkeitsprinzip? Schweiz und USA sind keine ethnische Homogenität, eigentlich kein Volk, Schmittmenge aus europäischen Völkern, kein ethisches und feudales Zugehörigkeitsprinzip. Die Schweiz sei eine Willensnation.

Commitment: Zugehörigkeit ist flexibel geworden, jedoch der ethischen Zugehörigkeit kann man nicht entfliehen. Bürgerrechtsvergebung Prüfung unterziehen oder demokratischer Volksentscheid darüber. Überprüfung ob Commitment bei Ausländern mitgebracht wird. Angleichung Rechte Schweiz und Ausländer Folge des Wandels. Zugehörigkeit wird immer offener und Zusammenarbeit wird vereinfacht, gewisse Offenheit wird vorausgesetzt.

Die phasenverschoben, weltweit stattfindenden Übergänge der staatlichen Zugehörigkeitsprinzipien sind mit Konflikten verbunden:

Zurzeit sind in Europa reine Nationalstaaten, Mischformen und supranational orientierte liberale Demokratien vertreten, aber auch – im Gleichschritt mit der Formierung einer internationalen „Res Publica“ – internationale Parteien und Interessengruppen (INGOs) sowie IGOs.

- „Supranationale“ liberale Demokratien: z.B. Schweiz, Belgien, EU. Die Entwicklung der EU ist sehr vergleichbar mit jener der Schweiz.
- Mischformen: z.B. Türkei, Ukraine. Vor allem geprägt durch Instabilität, welche immer noch vorhanden ist. Z.B. EU und Türkei: EU hat Mühe mit türkischer Kultur, weil diese die europäischen Werte beeinträchtigen könnte, Türkei wäre stärkstes Land und grösster Staat in der EU.
- Staaten der nationalen „Renaissance“: z.B. Republiken der ehemaligen Sowjetunion (Weissrussland), ehemaligen Jugoslawien (Serbien/Kosovo)
- INGO: z.B. World Economic Forum (WEF), Internationales Olympische Komitee (IOC), Greenpeace, Amnesty International (AI), Europäische Parteien, (internationale kriminelle/terroristische Organisationen)
- IGO: UNO, NATO, WTO, IMF, Europarat etc...

19. Jahrhundert:

Aufstieg der Nationalstaaten in Westeuropa (Deutschland, Italien usw..) und in Amerika (USA, Brasilien etc..)

20. Jahrhundert:

- Aufstieg der Nationalstaaten in Afrika (z.B. Zaire, Eritrea), im Nahen Osten (z.B. Israel/Palästina, Islamische Staaten, Kurdistan) und Asien (z.B. China, Indien, Pakistan)
- Renaissance des Nationalstaates in Osteuropa (z.B. Serbien, Weissrussland, Russland) und Amerika (USA, Venezuela)
- Aufstieg der nach Interessen segmentierten und nach Nutzenoptimierung strebenden Zivilgesellschaften und der liberal-demokratischen, supranational orientierten Staates in Europa (EU), Aufstieg der INGOs und IGOs.

4.3 Formen der Destabilisierung

Im Zeitalter des Nationalstaates: Krieg und Eroberung

Im Zeitalter des liberal-demokratischen Staates: Konkurrenz um Standortvorteile und Einfluss im Rahmen von Kooperation und Integration

Exkurs: Demokratie

Wegen Demokratie haben Staaten bessere Möglichkeiten in der Marktwirtschaft Versorgung besser und auch erfolgreicher im Pro-Kopf-Produkt.

Individuelle Mündigkeit, Individualistischer Egoismus Bestandteil der Demokratie, alles Unbequeme an Staat abschieben.

Risiko in einem demokratischen Staat gross, dass es keine Wiederwahl gibt für solche Politiker die Krieg führen, weil Gesellschaft nicht will, dass Vater und Söhne auf Schlachtfeld sterben.

Demokratische Welt ist eine friedlichere Welt. Demokratien führen keine Kriege gegeneinander, nicht gegen andere Demokratien.

Bsp.: USA Krieg Vietnam, Afghanistan, Golf II, Irak – Wiederwahl Sicherheit im Vordergrund. Angriffe auf USA in Pearl Harbor z.b. braucht es viel bis USA-Volk einen Krieg unterstützt.

Weltstaat: Weltgesellschaft, weltweite Res Publica Friedensgesellschaft. UNO erfolglos dann gibt es Krieg und es wird berichtet, die Erfolge, die erzielt wurden bleiben unbemerkt.

→ Zielsetzung Res Publica: Sicherheit, Freiheit, Versorgung

Eine Vision:

? Jahrhundert: Aufstieg eines globalen liberal-demokratischen, stark föderalen Staates unter Führung der UNO (oder einer Nachfolgeorganisation) im Rahmen aktueller Versuche einer „Weltinnenpolitik“ (einer globalen Interessengemeinschaft und „Res Publica“):

- Sicherheit: Peace-Keeping (kein Kampfauftrag), Peace-Enforcement (Kampfauftrag), Internationale Gerichtsbarkeit, Anti-Terrorismus, Klimapolitik
- Freiheit: Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker
- Versorgung: Globalisierung der wirtschaftlichen Freizügigkeiten: Güter (WTO), Dienstleistungen (WTO), Kapital/Währungen/wirtschaftspolitische Regulierung/Koordination (Weltbank-Gruppe inkl. IWF), Arbeit (ILO), Friedliche Konkurrenz der „Standorte“ (Produktionsstandorte)

...oder neo-nationalistische Hegemonie der USA? (USA wird weltweit dominieren wie römisches Reich)

...oder „Kampf der Zivilisationen“? (der Religionen??)

An dieser Vision scheiden sich die Geister der Politologen der Spielarten des „Realismus“ und des Institutionalismus/Funktionalismus

Funktionalismus:

Im Sommer 1989 schrieb Francis Fukuyama (Funktionalismus): “The triumph of the ... western idea is evident first of all in the total exhaustion of viable systematic alternatives to Western liberalism” und er prognostizierte einen “universal homogeneous state” in dem “all prior contradictions were resolved and all human needs are satisfied”.

„Realismus“:

Im Herbst 1989 sagte Samuel Huntington düster voraus, dass das Ende des Konfliktes zwischen sozialistischer Diktatur und liberaler Demokratie lediglich einem noch viel grauenvolleren “clash of civilizations” zwischen den grossen Religionen und ihren politischen Stellvertretern Raum geben wird, und er fügte bei, dass „the struggle between what humans take for

good and evil began with the eating of the forbidden fruit and is rooted in human nature ... There is no exit from the traumas of history". Der US-Politologe John Mearsheimer doppelte nach: "We will soon miss the Cold War and its rationality of the bipolar order of two super-powers disciplining their allies and thus preventing international anarchy".

„Neo-Realismus“:

US-Präsident George Bush (Vater) proklamierte knapp später im US-Kongress das Zeitalter einer neuen friedlichen Weltordnung liberal-demokratischer Staaten und "the benign rule of American hegemony".

5 Problematische Handlungsinterdependenz (S. 182)

Entwicklung Internationaler Organisationen nach den Regeln des gesunden Menschenverstandes.

Begriff: Verflechtungssituation zwingt zum Handeln

Bsp.: Schweiz ist ein Kleinstaat, wirtschaftlich hoch entwickelt, hohe Produktivität, Faktorkosten billiger in Schweiz, auf Kapitalintensive Dinge, da Arbeit teuer ist. Territorium Schweiz ist viel zu klein, Schweiz abhängig von internationalen Beschaffungsmärkten, Absatzmarkt.

Schweiz sehr verflochten, Schweizer Unternehmungen haben nicht einfach Zugang → braucht Handelsverträge mit anderen Staaten. Schweiz hat Motivation in der Wirtschaft international zu kooperieren.

Kosten der Nichtkooperation sind gestiegen. Kosten für internationale Kooperation: Schweiz sehen Probleme Kompromissfähig sein, verliert Autonomie.

Beitritt EU: Wäre ein Autonomieverlust, alles muss an Brüssel delegiert werden und Verlust der Entscheidungsgewalt in gewissen Bereichen. Schweiz fast Mitglied, denn Handel auf dem Binnenmarkt Kooperationsbenefits sind sehr hoch für die Schweiz.

Verlust Autonomie/Föderalismus bei Schengen/Dublin. Dilemma lösen nur bei Nutzen kooperieren für Schweiz und nicht für EU.

Jeder Staat versucht Nutzen durch Kooperation zu optimieren.

Packaging Deal (Schweiz Meister in dem Spiel): über Dinge diskutieren, die nicht nur EU nützen sondern auch der Schweiz.

6 Entscheidungsprozesse (S. 89 – 180)

3 Gewalten:

- Exekutive
- Legislative (hier steht das Volk dahinter – höchster Bürger ist der Nationalratspräsident: momentan Frau Egerszegi)
- Judikative

Staat kann man nicht entfliehen, durch Staatsbürgerschaft gebunden. Und Gesetze eines Staates sind einzuhalten, egal welchem Staat man angehört (Territorialitätsprinzip). Vollversammlung ist die „vereinigte Bundesversammlung“.

Kern der **Legislative** ist das Parlament. Es wird der Souverän vertreten (Volksvertreter). Es gibt das Volk und die Staaten (CH: Kantone). Resultat sind die 2 Kammern „National-„ und „Ständerat“. In der Schweiz ist das Proporzwahlrecht im Nationalrat (es stehen mehrere zur Auswahl – Listen und Listenverbindungen) während im Ständerat (oder auch in England) das Majorzwahlverfahren existiert. Nur einer zieht ein (resp. 2 pro Stand).

Kern der **Exekutive** ist die Regierung. Bundesrat wird jedoch durch das Parlament gewählt (nicht sehr demokratisch, weil nicht durch das Volk). SVP wirbt für eine Volkswahl, während die übrigen Parteien Skepsis bekunden. Aus politologischer Sicht ist der SVP hier Recht zu geben. Die meisten Regierungen haben nur eine Verwaltung (oder Kommission – analog der EU).

Kern der **Judikative** sind die Gerichte. Die Gerichte haben über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze zu wachen und diese auch zu überprüfen. Sie schauen dazu, dass die Gesetze eingehalten werden. Das Bundesgericht ist kein Verfassungsgericht. In der Schweiz ist die Idee, dass das Volk die oberste Gewalt hat (Volkeswille steht über allem). Deutschland hat schlechte Erfahrungen damit gemacht (NSDAP-Regime) und sieht das daher etwas anders. Auch in den USA sind die Hürden für eine Verfassungsinitiative sehr hoch angesetzt. Die Schweiz ändert ihre Verfassung oft mehrmals jährlich (jede angenommene Initiative führt zur Aufnahme des Initiativtextes in die Verfassung).

7 Fragestellungen Buch

Rittberger/Zangl, Theorie und Geschichte S. 15-87

1.	<p>Wie lassen sich Internationale Organisationen (IGOs) als Begriff und als „Bild“ definieren? (S. 20-24)</p> <p>Lösung: <u>Begriff:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - problembezogene und- übergreifende - Zwischenstaatlichkeit - Organschaftliche Struktur - Interaktion zwischen Umwelt und Akteuren - Vereinbarte Normen und Regeln auf ein bestimmtes Verhalten festzusetzen (Mittel zum Zweck für Ausgleichung) - - Angleichung der Verhaltenserwartungen <p><u>Bild:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Instrument zur Diplomatie- und Machtposition - Arena (Ort der Interaktion): Versucht zu einem gemeinsamen Standpunkt zu kommen - - Akteure (Kooperation und Kollektivbeziehung für Mitgliedschaft)
2.	<p>Wie lassen sich IGOs von anderen Phänomenen der übernationalen Kooperation abgrenzen? (S. 24-28)</p> <p>Lösung: <u>Regime</u> handeln nur Problemfeldbezogen und haben keine Akteurqualität</p> <p><u>Kooperationen</u> beginnen mit einem Talk (Gespräch) was meinen gewisse Regierungen zu einem Thema dann Konferenz → Regime (Co2- Austausch-Regime des Kyoto Protokolls; Wahlfangregime) → IGO -> FEDERATION (CH: 1848; Wenn EU die Verfassung annehmen würde)</p> <p>IGO (Zusammenschlüsse von Staaten) vs. INGO (fehlender völkerrechtlicher Beschluss)</p>

3.	<p>Welche Arten von IGOs gibt es? (S. 28-32)</p> <p>Lösung <u>Typologisierung I:</u> Zuständigkeit (umfassend \leftrightarrow problemspezifisch) Mitgliedschaft (universell \leftrightarrow partikular)</p> <p><u>Typologisierung II:</u> Programmorganisation (UNO wenn um Friedenssicherung) Operative Organisationen (Bsp. NATO)</p>
4.	<p>Wie erscheinen die IGOs und ihre Rolle in der internationalen Politik aus neorealistischer, institutionalistischer, normativ idealistischer und sozialkonstruktivistischer Sicht? (S. 33-48)</p> <p>Lösung <u>Neorealistische Rolle (S. 36):</u> Der Neorealismus übernimmt das anarchistische Bild des klassischen Realismus (Faust-Recht). Wegen des anarchischen Staatensystems streben die Staaten nach Sicherheit und Autonomie. Aus dieser neorealistischen Sicht gibt es immer ein Sicherheitsproblem, welches in einem Sicherheitsdilemma zum Ausdruck kommt. Der Staat reagiert hierbei als rationaler Akteur – die eigenen Interessen stehen im Vordergrund, es gibt keine „Win-Win-Situationen“. Ständige Paranoia herrscht vor und die Sichtweise erscheint letztlich sehr pessimistisch. Im Falle eine Kooperation besteht die Gefahr, dass ein Staat weniger Gewinne einführt, als andere an der Kooperation beteiligte Staaten. Dadurch werden die „more-winning“ Staaten gestärkt, was letztlich dazu führen kann, dass der Freund von Heute der Feind von Morgen wird. Der Neorealismus vertritt die Ansicht, dass eine dauerhafte Kooperation nur möglich ist unter der Schirmherrschaft einer Hegemonialmacht.</p> <p><u>Liberal-Institutionalistische Schule (S. 38)</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Föderalismus:</i> Föderalismus wird als Prozess verstanden, in dessen Verlauf sich souveräne Territorialstaaten eine gemeinsame Ordnung geben, in der jeder Staat seine Identität weitgehend erhalten kann. - <i>Funktionalismus:</i> Internationale Organisationen stellen reine „Zweckverbände“ dar, die die Staaten unterstützen, die durch die zunehmenden Interdependenzbeziehungen hervorgerufenen Probleme zu bewältigen und „Form follows Function“ – Mitrany 1966 - <i>Neofunktionalismus:</i> Die Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik steht im Vordergrund (vgl. Funktionalismus: die Politik wird bestimmt von der Abhängigkeit von Technik und Wirtschaft). - <i>Transaktionalismus:</i> Es sollen nicht supranationale Organisationen gebildet werden, sondern durch internationale Organisationen abgesicherte Sicherheitsgemeinschaften sollen gebildet werden, in welchen die Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung der Staaten untereinander zuverlässig ausgeschlossen ist. Dafür werden aber ausserordentlich dichte Kommunikationsbeziehungen und Austauschbeziehungen benötigt. - <i>Interdependenzanalyse:</i> Die Bildung internationaler Organisationen ist von den vorherrschenden Machtverhältnissen abhängig.

Institutionalistische Rolle (S. 40):

Die Verflechtung der einzelnen Staaten hat zugenommen. Spezialisierung vollzieht sich entlang der komparativen Vorteile, daraus entstehen Abhängigkeiten. Allerdings beginnt Kooperation im wirtschaftlichen Bereich. Im Vergleich zu anderen Feldern herrscht im wirtschaftlichen Bereich Transparenz – es lässt sich leicht überprüfen. Ein Beispiel dafür ist das „Prisoner`s Dilemma“: Hierbei wird in der Regel der Worst-Case verhindert, anstatt dass die optimale Situation gewählt wird.

Mensch wird durch die Umstände gezwungen Gutes zu tun.

- Interessen ihrer Länder
- Welt hat sich verändert → v.a. mehr Interdependenzen → Abhängigkeit
- Misstrauen: nicht mehr so vorhanden → mehr Transparenz → mehr Vertrauen → mehr Kooperation
- keine Prisoner-Situation
- dauerhafte Kooperation ist möglich
- bestes Bsp → Europäische Union

normativer Idealismus (S. 43/44)

- Frei nach Kant kann ein Mensch unterscheiden zwischen „gut“ und „böse“. Die Akteure sind Völker (im Sinne von „Wertegemeinschaften“). Diese „Wertegemeinschaften“ sind grenzüberschreitend.
- Es wird die Ansicht vertreten, die Welt tendiere zu Frieden und Konfliktlösungen
- Regierungen haben andere Ansichten als Völker
- Prämisse / Anspruch: Völker zwingen Ihre Regierungen „Gutes zu tun“.

→ Kooperation, Neigung zum guten, Werte des Volkes werden in Demokratie mittels Wahlen durchgesetzt.

Grundgedanke: Mensch = moralisches Wesen

Merkmale:

- Akteure: nicht Staaten sondern Völker
- Machterhalt und Machterwerb nicht im Mittelpunkt
- Gemeinsame Wertvorstellungen → grenzüberschreitend
- Typisch für demokratische Verfassungsstaaten

Bsp.: Völkerbund

Sozialkonstruktivismus (S. 45):

- Wert- und Normorientierung → nicht nur eigene Interessen vertreten, sondern auch schauen, dass es den anderen gut geht.
- Übereinstimmende Wertvorstellungen wie andere Länder
- Doppelrolle → Werte und Normen nicht nur durch IO wiedergespiegelt werden. Werte und Normen sollen auch bei den Mitgliedern geprägt werden. Eher Aktiv als Passiv.

Konkretisierung: INGO sind auch wichtig, solche welche Werte vertreten auf ihre Regierungen Druck machen, Bsp. AI

5.	<p>Welches sind die grundsätzlichen Bedingungen zur Entstehung einer IGO? Beispiele? (S. 49-50)</p> <p>Lösung</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Problembedingung</u>: Problem muss vorhanden sein - <u>Kognitivbedingung</u>: Erkenntnis, dass Problem in Zusammenarbeit gelöst werden kann. Erkenntnis zur Zusammenarbeit - <u>Hegemoniebedingung</u>: Übernahme der Führung
6	<p>Warum und wie entstanden welche Formen von IGOs im Bereich Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft? Beispiele? (S. 84-87 (49-84))</p> <p>Lösung</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Sicherheit</u>: Napoleonische Kriege, 1 und 2 Weltkrieg, Ost-West-Konflikt - <u>Wohlfahrt</u>: grosse Depression, Weltwirtschaftskrise, Protektionismus - <u>Herrschaft</u>: NS Schreckenszeit nach 2 Weltkrieg, Ende Ost-West-Konflikt
7.	<p>Welches sind die Unterschiede zwischen inklusiven und exklusiven IGOs im Bereich Sicherheit? Beispiele? (S. 50-59)</p> <p>Lösung</p> <p><u>Inklusive IGO</u>: Nach innen gerichtete Sicherheitsinstitution, die sich mit der Sicherheit nach innen und nicht mit externen Bedrohungen und Risiken auseinandersetzt. Bsp.: Völkerbund</p> <p><u>Exklusive IGO</u>: Nach aussen gerichtete Sicherheitsinstitution, die sich mit der Sicherheit nach aussen mit externen Bedrohungen und Risiken auseinandersetzt. Bsp.: NATO</p>

Rittberger/Zangl, Politikfelder, S. 181-314

1.	<p>Welches sind die Handlungsdilemmas von Akteuren der internationalen Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft? Welches ist ihre Wirkung auf die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit? Beispiele? (S. 185-187, 219-223, 289-296)</p> <p>Lösung</p> <p>1. <u>Sicherheitsdilemma</u>: Die Staaten sind zur Gewährleistung ihrer Sicherheit auf sich selbst gestellt.</p> <p style="padding-left: 40px;">Kooperationshindernisse</p> <ol style="list-style-type: none"> i. Nicht-unterscheidbarkeit offensiver und defensiver Massnahmen ii. Interessenkonflikte über relativ bewertete Güter iii. Unwiederbringlichkeit der physischen Existenz iv. geringe Transparenz der Massnahmen, Gemeinhaltung v. Kooperationsblockade durch innergesellschaftliche Klientel <p style="padding-left: 40px;">Fazit: geringe Kooperationswahrscheinlichkeit obwohl Benefits sehr hoch wären. Europa rüstet ab, intensive Kooperation in EU → Vertrauen gross</p> <p>2. <u>Wohlfahrtsdilemma</u>: Jeder Staat strebt nach Sicherstellung seiner Ressourcen aber jeder Staat ist von den anderen Staaten abhängig. „beggar thy neighbour“ hausieren mit Handelszugeständnissen, politisches Druckmittel. Durch WTO der Anhängigkeit entgegenwirken. Wirtschaftliche Kooperationen sehr erfolgreich, gemeinsames Benefiz sehr gross. Kooperation in Wirtschaft Wahrscheinlichkeit grösser für Erfolg (win-win) findet nur statt, wenn jeder was gewinnt.</p> <p>3. <u>Herrschaftsdilemma</u>: Staat übt Herrschaft aus welches von den Drittstaaten negativ aufgefasst wird und darum entsteht keine Kooperation in diesem Bereich. Darum Angebot Benefits im Bereich Sicherheit und Wohlfahrt. Art und Weise wie Regierungen funktionieren Menschenrechtsfragen, Drohung mit Wirtschaftssanktionen.</p>
2.	<p>Welches sind die möglichen Beiträge der IGOs zum Weg aus dem Sicherheitsdilemma? Beispiele? (S. 185-189)</p> <p>Lösung</p> <p>Transparenz, Offenheit politischer Prozesse</p> <p>Die Bedingungen, welche das Sicherheitsdilemma erst entstehen lassen, sind nach Meinung der Autoren nicht unveränderbar. Dank IGOs können die strukturellen Bedingungen verändert werden, welche die Handlungen der Staaten mitbestimmen (vgl. United Nations – UN).</p>
3.	<p>Worin unterscheiden sich kollektive und konsensuale Sicherheitsregimes? Beispiele? (S. 192-206)</p> <p>Lösung</p> <p><u>Kollektive Sicherheit</u>: Programm und operative Tätigkeiten, die jede rechtswidrige physische Gewaltanwendung eines Mitgliedes/mehrere Mitglieder des Kollektivs gegen ein anderes/mehrere andere desselben Kollektivs mit Zwangsmassnahmen der Gemeinschaft der Mitgliedstaaten beantwortet. Bündnis, das sich gegen einen beliebigen</p>

	<p>Aggressor richtet, der aus den eigenen Reihen kommt. Bsp.: Verhängung militärischer Zwangsmassnahmen.</p> <p><u>Systeme kollektiver Sicherheit</u> bestehen darin, dass Sie den Mitgliedern des Kollektivs eine Sicherheitsgarantie gegenüber Bedrohungen geben, die von Mitgliedern des Kollektivs selbst ausgehen (nach innen gerichtet). Ein kollektives System sieht Zwangsmassnahmen innerhalb der Gemeinschaft vor. Zielt auf die repressive Durchsetzung des allgemeinen (Gewalt)Verbots.</p> <p><u>Konsensuale Sicherheit:</u> Zwangsmassnahmen der Gemeinschaft gegen einzelne Mitglieder beruhen stets auf dem Konsens aller beteiligten Streitparteien. Hier geht es vor allem um die friedliche Streitbeilegung oder Massnahmen nach erfolgter Gewaltanwendung. Bsp.: Peacekeeping</p> <p><u>Konsensuale Systeme</u> sind ebenfalls nach innen gerichtet und zielen darauf ab, die Beziehungen der Staaten untereinander zu befrieden (in Einklang zu bringen). Sieht keine Zwangsmassnahmen innerhalb der Gemeinschaft vor, es muss ein Konsens der beteiligten Streitparteien entstehen. Es geht um die friedliche Streitbeilegung mittels guter Dienste, Untersuchungen, Vermittlungen oder einer richterlichen Entscheidung (im Falle der UN).</p>
4.	<p>Wie beurteilen Sie die Outputs der VN und ihrer Unterorganisationen in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft im Vergleich? Welches sind Ihre Argumente? (S. 185-314 (selektiv))</p> <p>Lösung</p> <p><u>Output Sicherheit (S. 207/208; 217/218)</u></p> <p>Selbsthilfe:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abbau des strukturellen Misstrauens - Gewaltandrohung untereinander wurde verboten - Mangelhafte Effektivität - Output: Man darf sich selber helfen, wenn man angegriffen wird <p>Rüstungsdynamik:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Horizontale Proliferation (Verschiebung von Nuklearwaffen) – konnte z.T. gemindert werden - Vertikale Proliferation konnte nicht verändert werden, d.h. in den Staaten selber wird nach wie vor produziert und Nuklear-Waffen hergestellt <ul style="list-style-type: none"> o Problem: Dadurch führt die interne Sicherheit im Rahmen des Sicherheitsdilemmas zu mehr Misstrauen von aussen. o Das Problem haben alle, alleine kann das kein Land lösen: Der Grund weshalb hier internationale Kooperation einsetzt. <p><u>Output Wohlfahrt (S. 233-234; 242)</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Output IWF <ul style="list-style-type: none"> o Alles was er erreicht, ist nicht erwähnenswert, weil das positive nicht zur Kenntnis genommen wird. Nur über das negative wird wahrgenommen. Staghunting (Hirschjagd) hört hier auf, weil es nicht sehr transparent ist. o Entwicklungsländer haben wenig Interesse am IWF, weil sie wenig Interesse in die Finanzmärkte haben. o (+) Sorgt für stabile Weltfinanz- und Währungspolitik o (+) Verhindert globale Finanzkrisen o (+) Es wird versucht eine gewisse Prävention zu etablieren, damit es

	<p>nicht zu Krisen kommt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ (-) Schafft nicht die wirksame Bekämpfung von Armut in den Entwicklungsländern ○ (-) Finanzkrise in Asien und Russland konnte nicht verhindert werden ○ (-) Führt zu mehr Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern <p>- Output EZB (Europäische Zentralbank – Notenbank der EU)</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Dass die meisten EU-Länder ihre eigene Währung aufgaben, beweist grosses Vertrauen in die EZB. ○ (+) langfristige Geldwertstabilität garantiert (orientiert sich an langfristigen Zielen) ○ (+) Überwachung und Sanktionierungsmöglichkeiten (-Tätigkeiten) ○ (-) auf das unterschiedliche Wirtschaftswachstum in den einzelnen Mitgliedstaaten konnte nicht eingegangen werden. <p>- Output Weltbank</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ (-) durch die rasche Öffnung der Märkte konnten die Entwicklungsländer nicht mit den Industriestaaten mithalten. Damit wird versucht, die Armut der Entwicklungsländer zu hemmen. Das ist ein Konflikt. ○ Entwicklungsländer haben einen Hang zu Protektionismus und Industrieländer einen Hang zum Öffnen der Märkte. Handelshemmnisse sind in der Vergangenheit sehr gefallen. Erstaunlich insofern, weil die Weltbank kaum die Macht hat, Vergehen zu sanktionieren. ○ Handelskooperation entspricht sehr der Hirschjagd. Es ist sehr transparent. Das führt zu einem selbstregulierenden Regime. Das führt dazu, dass Länder trotz dem kurzfristigen Interesse an der Abschottung der Märkte sie dazu treibt, die Märkte zu öffnen, weil sie „Retourkutschen“ fürchten. <p>- Output internationale Handelbeziehungen / globale Handelordnung</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ (+) verschiedene Handelshemmnisse konnten überwunden werden ○ (+) liberale Welthandelsordnung wurde erreicht ○ (-) mangelndes Streitbeilegungsverfahren ○ (-) mangelnde Sanktionierungsmöglichkeiten ○ (-) Konflikt zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern ○ (-) USA vs. EU <p>- Output Internationale Handelsbeziehungen / Europäischer Binnenmarkt</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ (+) einheitliche Normen und Regelauslegung ○ (+) verschiedene Kooperationshindernisse konnten abgebaut werden (Zielperspektiven etc) ○ (-) Demokratiedefizit ○ (-) Übertragung der Souveränität ○ (-) Osterweiterung <p><i>Klimaproblematik im Sachbereich Wohlfahrt</i></p> <p>Politikprogramme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Weltklimakonferenz - Kyoto-Protokoll - UNEP (United Nations Environment Program) und WMO (World Meteorological Organization) <p>Organisationsoutputs Vorteile (+):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Programmgenerierung - Informationssammlung und Informationsverbreitung - Sensibilisierung der Öffentlichkeit
--	--

	<p>Organisationsoutputs Nachteile (-):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geringe Kooperationsbereitschaft (die Kosten der Nichtkooperation müssen zwar von allen getragen werden, aber niemand mithelfen will; Problem ist ähnlich wie die Hirschjagd: Ungleiche Ausgangslage für die Kooperationsstaaten) - Minimale Erfolge - Geringe Durchsetzungsmöglichkeit / fehlende Sanktionsmöglichkeiten <p><i>Was erreicht wurde, ist zwar besser als nichts, aber es ist dennoch nicht genug.</i></p> <p><u>Output Herrschaft (S. 307/314)</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Deklarativ / Implementativ: Bspw. Menschenrechte - Öffentlicher / politischer Druck: Medien; Advocacy-Groups – bspw. AI (Amnesty International) - Durchsetzung: EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg)
5.	<p>Welches sind die grundsätzlichen Bedingungen zur Entstehung einer IGO? Beispiele? (S. 49-50)</p> <p>Lösung</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Problembedingung</u>: Problem muss vorhanden sein; Entstehung und Entwicklung von IGOs ist auf problematische Handlungsinterdependenzen (-Abhängigkeiten) zurückzuführen. - <u>Kognitivbedingung</u>: Erkenntnis, dass Problem in Zusammenarbeit gelöst werden kann; Wahrnehmung der Probleme der Abhängigkeiten durch die Staaten notwendig und Einsicht muss vorhanden sein, dass solche Organisationen einen Beitrag zur Problemlösung liefern können. - <u>Hegemoniebedingung</u>: Übernahme der Führung; Ein mächtiger Staat oder eine Staatenbund kann für das entsprechende Angebot solcher Organisationen sorgen und vermögen auch die Kosten zu tragen.
6.	<p>Wie ist die internationale Kooperationsbereitschaft – und -leistung im Bereich Herrschaft aus sozialkonstruktivistischer Sicht zu beurteilen? Beispiele? (S. 84-87 (49-84))</p> <p>Lösung</p>

Rittberger/Zangl, Entscheidungsprozesse, S. 89-180

1.	<p>Wie erklären Sie die Begriffe „Polity“, „Politics“ und „Policy“ sowie die Beziehungen unter diesen drei Politikanalysebereichen im Rahmen eines politischen Systems (Input, Konversion, Output)? Beispiele? (S. 90-91, 89-180 (selektiv))</p> <p>Lösung</p> <p><u>Polity</u> Es ist die institutionelle Ordnung gemeint. Dazu gehört die Struktur, in welcher Politik gemacht wird und die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten, welche die Akteure der Politik besitzen. Polity ist die politikwissenschaftliche Lehre von den Herrschaftsformen, Regierungssystemen und politischen Institutionen im Allgemeinen. In diesem Bereich werden die Weichen gestellt, für die politische Willensbildung, die Entscheidungsfindung und damit auch mögliche Politikresultate.</p> <p><u>Politics</u> Politics bezieht sich auf den Prozess der Politik. Die Frage wie gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden und wie verbindliche Werte zugeteilt werden – sowohl „in“ Institutionen so wie auch „durch“ Institutionen. Im Mittelpunkt stehen die Akteure und ihr Handeln unter dem Aspekt ihrer je unterschiedlichen Ausdruckskraft und Durchsetzungsmacht.</p> <p><u>Policy</u> Hier geht es um Inhalte und Resultate in der Politik und deren Wirkung. Forschung in „policies“ zu Deutsch „Politikfeldanalyse“ befasst sich mit der Frage, was Regierungen (oder Verwaltungen oder IOs) tun, um gesellschaftliche Probleme zu lösen (Wie tun sie das, was sind die Folgen?). Der Blick ist klar gerichtet auf die Steuerungsleistungen, die Regelungsleistungen sowie Verteilungsleistungen eines politischen Systems.</p> <p><u>Beziehungen untereinander (S. 92)</u> Nur wenn alle drei Felder betrachtet werden, kann eine Antwort gefunden werden, wie von IO Inputs in Outputs verwandelt werden. Die soziale Steuerung von IO kann in vier Formen / Modelle unterschieden werden</p> <ul style="list-style-type: none"> - Machtkonkurrenz <ul style="list-style-type: none"> o Kampf alle gegen alle o Entsteht durch das freie Spiel der Kräfte von Akteuren o Verhalten sich entsprechend ihrer kurzfristigen Eigeninteressen o Keine Steuerung – unkoordiniert - Hierarchische Steuerung <ul style="list-style-type: none"> o Steuerung (koordiniert) durch die Autorität eine Zentralinstanz o Verbindliche Zuteilung von Werten (über die Rechtssetzungs- und RechtsDURCHsetzungskompetenz besagter Zentralinstanz) o Legale und monopolisierte Gewaltanwendung o Akteure verhalten sich im durch die Autorität der Zentralinstanz gewährten Rahmen - Quasi-hierarchische Steuerung <ul style="list-style-type: none"> o Nur möglich durch eine Hegemonialmacht (bspw. USA) o Anarchisches Ordnungsprinzip o Die Hegemonialmacht ist zur Normsetzung und –Durchsetzung alleine fähig o Hegemonial Macht besitzt Machtressourcen, die sich von den Ressourcen
----	---

	<p>cen der anderen abheben</p> <ul style="list-style-type: none"> - Selbstkoordination <ul style="list-style-type: none"> o Akteure regeln ihre Konflikte selber o Akteure gelangen zur Einsicht, dass die Selbständigkeit beibehalten werden soll o Akteure gelangen zur Einsicht, dass ihr gegenseitiges Verhalten notwendigerweise reguliert werden muss – Gewisse Probleme können Staaten nicht mehr alleine lösen (Umweltproblematik) o Akteure entwickeln Verhaltensnormen und –regeln und leiten daraus Überwachungs-, Sanktions- und Verteilungsmechanismen ab. o Freiwilligkeit steht im Vordergrund: jeder soll sich freiwillig daran halten können (oder eben nicht).
2.	<p>Worin unterscheiden sich typische politische Systeme von IGOs im Allgemeinen von einzelstaatlichen Politischen Systemen? Beispiele? (S. 95-114)</p> <p>Lösung</p> <p>Internationale Organisationen charakterisieren sich dadurch, dass zentrale Rechtssetzungs- und Rechtsdurchsetzungsinstanzen fehlen – im Gegensatz dazu verfügen Staaten über eben diese. Dennoch gibt es Regeln, Normen und Prinzipien, die durch Anerkennung oder die Anerkennung der Verfahren Rechtsqualität besitzen. Ein zentrales Rechtsprinzip ist: alle Staaten sind gleich und souverän. Dies ist ein Teil des <i>Völkerrechts</i>. Neben dem Völkerrecht gilt es noch zwei weitere Rechtsquellen zu unterscheiden: das <i>Vertragsrecht</i> (i.S. von „pacta sunt servanda“) und das <i>Gewohnheitsrecht</i>.</p> <p>Gründungsverträge von IO gelten oftmals als deren Verfassung. Diese werden jeweils vorgängig von zwei oder mehreren Staaten ausgehandelt und innerstaatlich ratifiziert.</p> <p><i>Gerichtshöfe und gerichtsähnliche Streitschlichtungsinstanzen</i></p> <p>In IO sind solche Institute nicht die Regel, doch verfügen die EU (EUGH) sowie die VN (IGH) über solche Organe. Dennoch ist dies eher atypisch.</p>
3.	<p>Welches sind die fünf wichtigsten Modelle der Entscheidungsfindung in IGOs und welche Stärken und Schwächen haben sie bezüglich ihrer Outputleistung? Beispiele? (S. 139-144)</p> <p>Lösung</p> <p><u>Programmentscheidungen</u></p> <p>Sind Entscheidungen über gesolltes künftiges Handeln (Ein Set von Normen und Regeln), die das Verhalten der Akteure (welche an der Entscheidungsfindung beteiligt sind), in eine bestimmte Richtung lenken soll und sie zur Verwendung bestimmter Mittel verleiten soll. Rolle einer IO: Forum.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Intergouvernementaler Aushandlungsprozess (Entscheidungen auf der VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung) - Mehrheitsentscheidung (Politikentwicklung in Plenarorganen von VN und EU) <p><i>Stärken</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Mitglieder (auch schwächere) können ihre Interessen einbringen - Steuerung durch Selbstkoordination (Machtkonkurrenz vs. Selbstkoordination – Eigene Interessen müssen mit Rücksicht auf den anderen durchgebracht werden) - Angleichung der Einflusschancen von kleineren

	<ul style="list-style-type: none"> - ermöglicht einen Konsens <p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kleinere Staaten sind nicht gleich wie die grossen (Trotz der Bemühungen) - Ergebnisse nicht optimal, aber besser als wenn unter Machtkonkurrenz ausgehandelt <p><u>Operative Entscheidungen</u></p> <p>Bereits bestehende Programme sollen implementiert werden. Das Verhalten soll der Norm entsprechend überwacht werden und normabweichendes Verhalten soll sanktioniert werden. Hier wird den (die durch Programmentscheidungen gesetzten) Normen und Regeln zur Wirksamkeit verholfen. Rolle einer IO: Agent.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rationale Wahlhandlung (Entscheidung der europäischen Kommission unter Romano Prodi: Verhaltenskodex für die Kommissionsmitglieder) - Routinierter Entscheidungsablauf (Vergabe von Geldern aus den EU Regional- und Strukturfonds – Vergabekriterien sind ein routinierter Entscheidungsablauf.) - Bürokratischer Verhandlungsprozess (Umsetzung des EU Binnenmarktprogramms – es war ein mehrstufiger Aushandlungsprozess zwischen den supranationalen EU-Teilbürokratien) <p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsstab einer IO wird zu einem Akteur (der überwacht und nötigenfalls gemassregelt wird) - weiter auf S. 151 <p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kleinere Staaten sind nicht gleich wie die grossen (Trotz der Bemühungen) - Ergebnisse nicht optimal, aber besser als wenn unter Machtkonkurrenz ausgehandelt
4.	<p>Welches sind die verschiedenen Akteur*)-Forderungen und Akteur-Unterstützungsleistungen gegenüber IGOs und deren Wirkung auf die Politikentwicklung in IGOs in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft? Beispiele? (S. 115-129)</p> <p>Lösung</p> <p><u>Akteurgruppen (S. 116):</u> All diese Vertreter stellen Forderungen und Anforderungen an die IO.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten - Verwaltungsstäbe (insb. Die Verwaltungsspitze der IOs) - Parlamentarische Versammlungen (insb. Europ. Parlament) - Organisierte Interessen und die öffentliche Meinung - Experten (Ausübung einer politikberatenden Funktion) <p><u>Akteur- und Unterstützungsleistungen:</u> die Mitgliedstaaten der IO erbringen durch...</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beitragszahlungen - Bereitstellung von Informationen - Bereitstellung von Personal <p>die notwendigen Unterstützungsleistungen, die es den IOs erst ermöglichen, ihre Aufgabe wahrzunehmen.</p>

	<p><u>Probleme / Problemfelder</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Ständige Vertretungen als Agenten der Mitgliedstaaten <ul style="list-style-type: none"> o Vertretungen sind nicht weisungsunabhängig o Verfügen über einen unterschiedlichen Grad an Weisungsabhängigkeit - Anforderungen der Staaten an die IO (Verhalten USA in Bezug auf VN) <ul style="list-style-type: none"> o Formale Gleichheit vs faktische Ungleichheit o Macht als Verfügungsgewalt über Ressourcen - Problemfeldspezifischer Kontext vs Gesamtkontext (overall Power) <ul style="list-style-type: none"> o Einfluss der einzelnen Nationen im speziellen und generell o Bspw. USA im Umweltschutz (problemfeldspezifisch) o Bspw. USA im Bereich NATO - „Package Deals“ vs „Issue Linkage“ <ul style="list-style-type: none"> o Da die kleinen Staaten ebenfalls ein Stimmrecht haben, können sie die grossen Staaten beim schnüren von „Package Deals“ dazu zwingen, auf ihre Interessen einzugehen, in dem sie gemeinsam ihre Zustimmung geben, und dafür ihre Anliegen auch behandelt werden – „Issue Linkage“. o Möglichkeit zu Koalitionsbildung in IO <p><u>Wirkungen auf die Politikentwicklung in IGOs in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft:</u></p> <p>Internationale Organisationen sind fähig, Beiträge zur Überwindung von Problemen in den drei Sachbereichen leisten können.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Im <i>Sicherheitsbereich</i> muss eine IO (wegen des grundsätzlichen Misstrauens unter den Staaten = Kooperationshindernis) eine bedeutende Rolle im Bereich der operativen Tätigkeiten übernehmen (Überwachung, Sanktionierung). 2. Im <i>Wohlfahrtsbereich</i> muss eine IO anders agieren. Dort besteht ihr Output im Bereich der Programmgenerierung. Sie muss Programmnormen konkretisieren und spezifizieren. Das Kooperationshindernis hier besteht unter den Staaten in den jeweiligen Kooperationsgewinnen (wer erhält wie viel?). Zusätzlich liegt der Kooperationsbedarf nicht immer auf der Hand und muss folglich erst erkannt werden (grenzüberschreitende Umweltbelastung). Hier muss eine IO vor allem Informationen liefern (informationelle Tätigkeit). 3. Im <i>Herrschaftsbereich</i> sind die informationellen Tätigkeiten ebenso von grosser Bedeutung. Wenn zwischenstaatliche Kooperation gelingen soll, müssen die Akteure die Fähigkeit haben, wirksamen Druck auf die Staatenwelt auszuüben oder Sozialisationsprozesse anzustossen (bspw. mittels Unterstützung einer IO). <p>Jedoch sind IOs nicht immer in der Lage (je nach Sachbereich), die Kooperationsprobleme zu lösen und die Abhängigkeiten der Staaten untereinander zum Vorteil zu nutzen.</p>
5.	<p>Worin unterscheiden sich programmatische und operative Tätigkeiten bezüglich Inhalt (Output) und Entscheidungsfindung? (S. 144-176)</p> <p>Lösung</p> <p><u>Programmatische Tätigkeiten</u></p> <p>Programmentscheidungen sind Entscheidungen über gesolltes künftiges Handeln. Ein Set von Normen und Regeln, welche das Verhalten der an der Entscheidungsfindung beteiligten Akteure in eine bestimmte Richtung leiten soll unter der Verwendung von bestimmten Mitteln.</p>

	<p><u>Operative Tätigkeiten</u> Operative Entscheidungen wollen bereits bestehende Programme implementieren. Es geht um die Überwachung des Verhaltens und darum, von der Norm abweichendes Verhalten, zu sanktionieren. Folglich handelt es sich um Entscheidungen, die getroffen werden müssen, um den gesetzten Normen und Regeln Wirkung zu verleihen – sofern sich diese nicht selbst durchsetzen.</p>
6	<p>Wie ist das übliche Institutionengefüge von IGOs strukturiert? Beispiele?</p> <p>Lösung</p>

Rittberger/Zangl, Entwicklungsperspektiven, S. 315-324

1. Bewerten Sie das gegenwärtig (2006/07) wirksame weltweite Sicherheitsregime eher als „Anarchie“, „Hegemonie“, „Global Governance“ oder „Weltstaat“? Argumente? Beispiele? (S. 315-324)

Lösung:*Was ist...?*

- Bei der Anarchie gibt es keine Kooperation
- Bei der Hegemonie bestimmt ein Weltstaat den Rest der Welt
- Bei der Global Governance ist alles zwar reguliert, jedoch besteht noch kein Staat im eigentlichen Sinne.
- Beim Weltstaat gibt es ein Staat einer Organisation und Normen, die für alle verbindlich sind

Was existiert nicht?

- Weltstaat existiert noch nicht, da keine allgemein gültige Weltregierung mit Normen und Sanktionsmöglichkeiten vorhanden ist. Jedoch versuchen die einzelnen Staaten und auch die UNO Normverletzungen zu sanktionieren
- Anarchie kann ausgeschlossen werden; Kooperation ist da, auch wenn einzelne Regimes in einzelnen Bereichen scheitern und es deshalb nicht mehr versuchen.
 - o Bsp.: in Teilen Afrikas, Italien, wo sich die Polizei nicht mehr in einzelne Fußballstadien traut und auch analog Frankreich mit den Banlieus. Neo-Realisten finden, dass es nicht darauf ankommt ob es Anarchie, Demokratie oder Diktatur ist.
- Hegemonie setzt eine gewisse Vormachtstellung einzelner Staaten voraus. Bsp.: USA hat für ihr Handeln als „Weltmacht“ keine eigentliche Legitimation doch niemand steht ihrem Handeln im Wege.

Es war eine Kooperation vorhanden und eine starke Macht um ein geeignetes Europa zu schaffen. USA schuf mit ihrem Marshall Plan ein Mittel indem die Völker kooperieren mussten um Hilfe zu bekommen, sie schuf demnach eine Situation zur Kooperation. Die USA hat in diesem Falle mit Incentives gearbeitet, darum ist auch eine Kooperation zu Stande gekommen.

USA erzwingen Kooperation um gegen den Terrorismus zu kämpfen. Macht USA geht aber doch nicht so weit. Daher habe sie eine Kooperation mit Drohungen versucht zu erzwingen. Jedoch will die USA nicht mit allen Mitteln Krieg führen, obwohl ihre militärische Macht mehr als überlegen wäre. Jedoch wäre dies aus politischen Überlegungen nicht klug. In diesem Falle hat die USA mit Drohungen gearbeitet, darum ist eine Kooperation auch nicht zu Stande gekommen. Die USA ist auch abhängig vom Weltmarkt und darum macht es auch keinen Sinn sich die ganze Welt als Feind zu machen.

	<p>Daher Fazit: Hegemonialsystem existiert nicht, obwohl grosse Macht in der USA vorhanden ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Global Governance</u>: Normwerk wäre vorhanden in der UNO-Charta. UNO als Global Governance und versucht Schädiger/Angreifer in Schranken zu weisen. <p>Grundsatz bei der UNO ist: Verbot bewaffneter Selbsthilfe und darum tritt UNO ein um Dispute friedlich zu lösen.</p> <p>Wunsch in der Welt, dass Opfer mehr Rechte bekommen sollen. Weltöffentlichkeit schreit nach Sanktionen und dass Menschenrechtsverletzungen zu beheben.</p> <p>Rechtsstaat vertritt Kampf gegen Anarchie und nicht die Moral. Idee zur Sanktion ist Aufgabe der UNO und nicht des Opfers (angegriffener Staat).</p> <p>USA haben trotz UNO-Nein Krieg in Irak geführt obwohl sie versucht haben, die Zustimmung der UNO zu bekommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>Fazit</u>: Stand der Welt ist etwa im Bereich der Global Governance.
2.	<p>In welche Richtung eines „Weltregimes“ (zwischen Anarchie und Weltstaat) weist die Dynamik der Entwicklung der Weltgesellschaft seit 1989? Beispiele? (S. 315-324)</p> <p>Lösung Was war 1989? Phase des kalten Krieges, Fall der Berliner Mauer</p> <p>Zu dieser Zeit bestand eine <i>bipolare Welthegeemonie</i> der zwei Weltmächte USA und UdSSR. Sie hatten jederzeit die Fähigkeit sich gegenseitig zu zerstören. Es bestand eine entwickelte Welt zu dieser Zeit, welche von Bündnissen versorgt war und somit bestand eine mehr oder weniger stabile Welteinheit.</p> <p>Welt hat sich eigentlich rasch erholt nach Ende des kalten Krieges. Vorher kam der UNO-Sicherheitsrat nie zu Beschlüssen, da sie stets durch die Veto-Rechte einzelner Staaten gehindert wurden. Nach dem kalten Krieg wurden Peacekeeping-Aktionen häufiger. Auch die Bürgerkriege im Balkan hatten eher eine fallende Tendenz.</p> <p>Es gibt verschiedene Sichten, darunter gibt es die Sicht der Politologen. Vorstellung, dass aufgrund bestimmter Umstände (technischer Defekt, besoffener Kapitän) eine Rakete losgeht und der Krieg dann ausbricht. Gab eine Art Transparenz im Sinne eines Frühwarnsystems, d.h. wenn so etwas geschehen wäre, dass der Angegriffene nicht mit allen Mitteln reagiert hätte um sich zu verteidigen; Vorverträge sollte abgeschlossen werden mit diesen Inhalt. Und ausserdem war bevor Krieg ausgebrochen wäre immer noch eine Vermittlung denkbar gewesen, wo man die Umstände hätte erklären können.</p> <p>Begriff der <i>Erstschlagskapazität</i>: Macht, dass eine Partei so grosse Ressourcen hat, dass Gegenpartei nicht mehr zurückschlagen kann. Bsp.: Durch Atombombe wäre Gegenpartei völlig zerstört gewesen.</p>

	<p>Beispiele: Russland/China/USA Kooperation UNO Europa: alle Länder Europas wollten Mitglied werden bei EU; Drang nach Souveränitätsverlust um Wohlstand/Wohlfahrt zu fördern. Heute hat die EU 27 Mitglieder.</p> <p>Meistens schweigen Medien über Erfolge im Sicherheitsbereich, d.h. Wenn es der UNO gelingt einen Krieg zu verhindern, wird darüber nicht berichtet, nur bei einem Scheitern wird berichtet. Auch bei EU Einigung im Verfassungsentwurf grosser Fortschritt wurde aber nicht zur Kenntnis genommen, sondern nur das Scheitern wurde gross berichtet.</p> <p>Beispiele: UNO, EU</p>
3.	<p>Welche Rolle spielt in dieser Entwicklung der Trend zu Demokratie und Marktwirtschaft auf der Ebene der Einzelstaaten? Argumente? Beispiele? (Eigene Analyse)</p> <p>Lösung Welt ist um 40/50 Demokratiestaaten gewachsen und Tendenz steigend.</p> <p>Demokratie und Marktwirtschaft wichtig für die kooperationsfördernde Entwicklung. Marktwirtschaft: Länder wollen auch über Landesgrenzen hinweg Handel treiben. Sie wollen Handelshemmnisse abbauen, obwohl es immer protektionistische Interessen geben wird. Bsp.: Multilaterale Agreements wie die WTO.</p> <p>Demokratie: Regierung macht das was die Mehrheit will. Demokratien wollen nicht, dass Individuen auf dem Schlachtfeld sterben. Krieg führen steht bei ihnen nicht im Vordergrund, eher Wohlfahrt ist wichtig v.a. in Europa. Budgetposten für die Sicherheit in Demokratien wird immer kleiner ausser bei den USA und nicht europäischen Ländern. Neorealisten sagen, dass es egal ist ob Demokratie besteht oder nicht.</p> <p>Bsp.: Pearl Harbor/WTC 09/11 Reaktion USA Schock, dass es keine Grossmacht braucht um die USA anzugreifen, es genügen einige Fanatiker.</p> <p>Democratic Peace These: Beweise in Geschichte der Menschheit, dass noch nie zwei Demokratien gegeneinander Krieg geführt haben. Neorealistische Schule: Demokratien sind in der Kriegsbereitschaft unterlegen im Gegensatz zu Diktaturen. Bsp.: im 2 Weltkrieg wurden Peacement Agreements abgeschlossen zwischen Frankreich und Grossbritannien, denn sie wollte nicht gegeneinander Krieg führen, darum haben sie auch Hitler nicht gross reingeredet.</p>

4.	<p>Welche Strategie im Umgang mit Internationalen Organisationen empfiehlt sich für einen hoch entwickelten, neutralen Kleinstaat wie die Schweiz</p> <p>Lösung</p> <p>Für die Schweiz gibt es zwei Optionen unter der Voraussetzung, dass die internationalen Kooperationen zunehmen und die Globalisierung auch weiter geht und es immer mehr Demokratien gibt.</p> <ul style="list-style-type: none">- Führerrolle übernehmen: Die Schweiz ist Experte in internationalen Kooperationen. Erfahrung in Kooperation der Kantone, sie haben grosses Know-how, von welchem die anderen profitieren können und das sie weitergeben können. Daher sollte Schweiz eine Führerrolle übernehmen und z.B. Mitglied in der EU werden, im UNO-Sicherheitsrat, Generalsekretär UNO, da Schweiz grosses Fachwissen besitzt.- Trittbrettfahrerrolle: internationale Zusammenarbeit nimmt so oder so weiter zu. Die Schweiz ist ein unabhängiger Staat, welcher nicht von Kriegen betroffen ist. Trittbrettfahrer ist auch die aktuelle Strategie der Schweiz, da sie so ein kleiner Staat ist, wird dies auch nicht näher beachtet von den anderen Staaten. <p>Welches ist der richtige Weg für die Schweiz? Schwierig um diese zu sagen.</p>
----	---